

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pfortseite ober deren Raum 60 Pfg.  
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Der Parteitag in Mannheim.

Wohl selten hat ein Parteitag in Parteikreisen so be-  
friedigt, wie der von Mannheim. Die gesamte Parteipresse  
sowohl wie die gewerkschaftliche Presse ist voll von Worten  
der Freude und der Anerkennung über diese Tagung. Und  
das, obwohl zwei wichtige Punkte der Tagesordnung, die  
Frage der Volkserziehung und Strafrecht, Strafprozeß und  
Strafvollzug auf dem Parteitag eine nur ungenügende Er-  
ledigung gefunden haben. Aber es waren die Verhand-  
lungen über den Massenstreik und im Zusammenhang da-  
mit die Auseinandersetzungen über Partei und Gewerk-  
schaften, die diesem Parteitag ihren Stempel aufdrückten,  
und es ist gerade die Erledigung dieser Frage, die dem  
Parteitag jetzt innerhalb der Partei- und Gewerkschafts-  
organisationen den ungeteilten Beifall der Genossen ein-  
bringt. Es ist, als sei nach Mannheim ein Alpdruck von  
uns genommen und als könnten wir jetzt wieder mit rechter  
Freude und Feuereifer an unsere großen Aufgaben der  
Propaganda und Organisation herangehen.

Mehr als ein Jahr lang war die Tätigkeit unserer Be-  
wegung gelähmt durch einen unerquicklichen Streit zwischen  
Gewerkschaft und Partei, der mehr oder weniger mit der Frage  
des Massenstreiks im Zusammenhang stand.

Die Gewerkschaften hatten, seitdem diese Frage in der  
deutschen Arbeiterbewegung aktuell geworden war, sich nie-  
mals grundsätzlich gegen die Anwendung des Massenstreiks  
ausgesprochen. Hatten doch die deutschen Gewerkschafts-  
führer einhellig auf dem Amsterdamer internationalen Ar-  
beiterkongreß der Resolution Roland-Solst zugestimmt, durch  
die der politische Massenstreik wenn auch mittelbar als  
Kampfmittel der modernen Arbeiterbewegung anerkannt  
worden war. Die Gewerkschaften hätten es bei dieser  
Stellungnahme ruhig bewenden lassen können, wenn nicht  
mittlerweile durch eine von anarchistischer Seite be-  
triebene Propaganda für den anarchistischen Generalstreik  
Verwirrung in unsere Bewegung hineingetragen worden  
wäre. So wurden die deutschen Gewerkschaften auf ihrem  
im Mai des Vorjahres in Köln abgehaltenen Kongreß zu  
einer Stellungnahme zum Generalstreik förmlich gedrängt,  
die sich naturgemäß und im Interesse des einheitlichen  
Charakters der beiden großen Zweige der modernen deutschen  
Arbeiterbewegung vorwiegend in einer Absage an eine Pro-  
paganda uns wesensfremder und unsere erspriessliche Or-  
ganisationsarbeit störender anarchistischer Kampfmittel er-  
schöpfen mußte und die Anwendung des politischen Massen-  
streiks aus rein taktischen Gründen heraus offen ließ. Die  
Gewerkschaftsführer handelten dabei durchaus im Sinne  
ihres Amsterdamer Votums, und daß es sich bei ihrer Be-  
schlußfassung in Köln um alles andere als um eine Absage  
an den politischen Massenstreik handelte, ist von ihnen deut-  
lich genug in Köln selbst und nach Köln ausgesprochen  
worden. Sagte doch Bömelburg in Köln in seinem Referat  
über den Generalstreik:

„Einer Erörterung der Frage des politischen Massen-  
streiks zur Erweiterung oder Erhaltung der Volksrechte  
braucht man nicht aus dem Wege zu gehen. Aber ich würde  
es für einen entschiedenen Fehler halten, wollte man den  
politischen Massenstreik als ein neues Kampfmittel gegen die  
Reaktion im voraus bestimmen. Die Taktik im Kampfe  
gegen Unternehmertum und Reaktion kann man nicht ganz  
beliebig im voraus bestimmen, sondern sie hat sich nach den  
Verhältnissen zu richten. (Sehr richtig!) Ich habe in meiner  
Resolution ausgesprochen, daß die Gewerkschaften die Pflicht  
haben, jeden Versuch der Reaktion, die Volksrechte zu be-  
schneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen; aber  
welche Mittel zu diesem Kampfe angewandt werden sollen,  
das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Es wäre ein  
Fehler, wollten wir irgend welche Grundsätze für Kämpfe  
der Zukunft festlegen. Denn einmal kann man die Taktik  
nicht im voraus bestimmen, und zweitens ist der politische  
Massenstreik ein Kampfmittel, bei dessen Anwendung man  
sehr vorsichtig sein soll.“ ... „Trotzdem haben wir heute  
keine Ursache zu sagen, solche Mittel sollen nicht angewandt  
werden. In solchen Fragen entscheidet man von Fall zu  
Fall.“ ... „Die Arbeiter wissen, was sie für Menschenrechte  
haben, und keine Reaktion ist mehr imstande, diesen Ge-  
danken aus der Bevölkerung herauszubringen. Wenn man  
uns auf diese Weise niedertreten wollte, dann würden wir  
andere Mittel finden, um den Kampf erfolgreicher gegen die  
Reaktion zu führen. (Sehr richtig!) Wenn wir dafür  
sorgen, daß die Arbeiterorganisationen stärker und stärker

werden, daß die Arbeiter zu klassenbewußten Kämpfern er-  
zogen werden, dann können wir ruhigen Mutes der Zukunft  
entgegensehen, wir werden dann, wenn es einmal zu kämpfen  
gilt, am Platze sein, und die Arbeiterchaft — das wird keiner  
verhindern können — sie wird siegen, sie wird das Ziel er-  
reichen, das sie sich gesteckt hat.“

Dann sagte Bömelburg im Schlußwort: „Davon, daß der  
Kongreß sich ein für allemal gegen den politischen Massen-  
streik erklärt, steht nichts in der Resolution. Es ist nur gesagt,  
daß wir uns nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen wollen.  
Die Frage, ob man eventuell von dem politischen Massen-  
streik Gebrauch machen will, läßt die Resolution offen. Sie  
steht also nicht im Widerspruch zu der Amsterdamer Re-  
solution.“

Die Stellungnahme des Kölner Gewerkschaftskongresses  
zum Generalstreik bewegte sich also durchaus im Rahmen  
des Amsterdamer Beschlusses, und daß es in Köln auf ein  
Pronunziamento gegen die Partei nicht abgesehen war,  
beweist allein die Tatsache, daß eine Reihe radikaler Partei-  
führer vorbehaltlos an dem Zustandekommen des Kölner  
Beschlusses mitgewirkt haben.

Nichtsdestoweniger wurde den Gewerkschaften in einer  
Reihe von Parteiorganen und von einzelnen Parteigenossen  
in oft gehässiger Weise ihr Kölner Beschluß immer wieder  
zum Vorwurf gemacht. Es kam zu dem unschönen Streit  
zwischen Partei und Gewerkschaften, der über ein Jahr die  
Gemüter der deutschen organisierten Arbeiterschaft aufs  
tiefste erregt hat.

Mittlerweile hatte auch die Partei auf dem Jenaer  
Parteitag Stellung genommen. Es wäre sicher hier schon  
zu einer einheitlichen Stellungnahme der Partei- und Ge-  
werkschaftsführer in der Frage des politischen Massenstreiks  
gekommen, wenn es in der Debatte in Jena nicht gar zu  
deutlich zum Ausdruck gekommen wäre, daß die Jenaer  
Resolution sich in gewissem Sinne gegen den durchaus rich-  
tigen und in der gegebenen Situation notwendigen Beschluß  
des Kölner Gewerkschaftskongresses zum Generalstreik richtete.  
Denn von einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit konnte,  
wie wir bereits in unserem Rückblick auf den Jenaer Parteitag  
festgestellt haben, doch nicht gut gesprochen werden, wenn  
man die in Köln und in Jena in dieser Frage gefaßten Be-  
schlüsse ohne Voreingenommenheit miteinander verglich. Und  
ein gemeinsames Votum in dieser Frage mußte sich ermöglichen  
lassen, sobald sich die Diskussion über den Massenstreik von  
jeder leidenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Partei  
und Gewerkschaften löste.

Es ist das große Verdienst des Mannheimer Parteitags,  
daß er das Verhältnis zwischen Partei und Gewerk-  
schaften im Rahmen strengster Sachlichkeit erörterte, den  
Gewerkschaften zugestand, was ihnen gebührte, und somit  
ein einhelliges Votum in dieser Frage ermöglichte. Dieses  
Bestreben, den Gewerkschaften und ihrer der Jenaer Stel-  
lungnahme der Partei durchaus wesensverwandten Auf-  
fassung vom Generalstreik gerecht zu werden, trat schon in  
den Ausführungen unseres alten verdienten Parteiführers  
August Bebel. Der Korreferent Karl Legien legte  
in einer meisterhaften Rede, in der er eingangs scharf das  
einseitige Vorgehen des Parteivorstandes bei Veröffentlichung  
des Protokolls zurückwies, den Standpunkt der Ge-  
werkschaften in der Frage des Massenstreiks klar. Eindrucksvoll  
war besonders der Schluß seiner Rede, in dem er die durch-  
aus konsequente Haltung der Gewerkschaftsführer in dieser  
Frage von Amsterdam bis heute klarlegte, und wo er für die so not-  
wendige Einigkeit in der Arbeiterbewegung sprach: „Ich will  
auf dem Parteitage zum Ausdruck gebracht haben, daß tat-  
sächlich diese einheitliche Auffassung über die Anwendung  
des politischen Massenstreiks vorhanden ist. . . Die Diffe-  
renzen, die sich zeigen, sind kleinlicher Natur. Streit um  
Worte, weiter ist es nichts. . . Partei und Gewerkschaften  
gehören zusammen, weil dieselben Personen Träger der Be-  
wegung sind. Wie sollen wir uns denn teilen. Ich kann  
doch nicht mit einem Teile meiner Person für die Partei  
und mit dem anderen dagegen sein. Ich habe doch nur  
einen Mund, einen Verstand, eine Überzeugung. . . Diffe-  
renzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen nicht,  
auch in dieser speziellen Frage nicht. Wir sind uns einig  
darüber, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewandt  
werden müssen, die zur Verfügung stehen. Kommt es wirk-  
lich zum Massenstreik, dann stehen die Gewerkschaften an

erster Stelle. Es wäre ja Unsinn, wenn wir dann erklären  
wollten: „Nein, wir sind gegen den politischen Massenstreik.“  
Daß man auf uns in einem solchen Falle mit aller Bestimm-  
theit rechnen soll, das haben wir in den engeren Beratungen  
mit dem Parteivorstande und auch sonst wiederholt erklärt.  
Es kommt jetzt schließlich nur noch darauf an, nach außen  
hin diese Einheitlichkeit zu dokumentieren. . .“

In diesem Sinne sprachen alle Gewerkschaftsführer, und  
ihre Ausführungen wurden allgemein beachtet. Und wie sehr  
auch die verantwortlichen Parteiführer das Bestreben zeigten,  
dem uneidlichen Streit ein Ende zu machen, mag allein die  
Tatsache erweisen, daß Bebel und mit ihm die Parteileitung  
ein Amendement Legien zur Resolution Bebel akzeptierten,  
durch das nach der Feststellung, „daß der Beschluß des  
Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht  
mit dem Jenaer Beschluß, aller Streit über den Sinn des  
Kölner Beschlusses für erledigt“ erklärt wird; beweist die  
entschiedene Stellungnahme der Parteileitung gegen ein  
Amendement Kautsky, das geeignet gewesen wäre, die Vor-  
machstellung der Partei vor den Gewerkschaften zu prokla-  
mieren; beweist die entschiedene Haltung des Parteivorstandes  
gegenüber den Anarcholokalisten. Und wie sehr der Partei-  
vorstand in allen diesen Fragen die Meinung der Partei  
zum Ausdruck brachte, bewies das überaus erfreuliche Ab-  
stimmungsergebnis über die amendierte Resolution Bebel,  
die wir bereits in letzter Nummer unserer Zeitung mitgeteilt  
haben.

Wir können nur wünschen, daß in der politischen und  
gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stets im Geiste der  
Bebel'schen Resolution gehandelt, und daß in unserer Be-  
wegung Differenzen irgendwelcher Art stets in so sachlicher  
und verständlicher Weise zum Austrag gebracht werden mögen,  
wie es mit dem Streit zwischen Partei und Gewerkschaften  
in Mannheim geschehen ist. Dann erhalten wir uns in  
unseren Organisationen die so notwendige Arbeitsfren-  
dlichkeit, die allein ein erfolgreiches Handeln ermöglicht und uns  
unserem großen Ziele näher bringt.

## Vagabundenplage und Arbeiterkolonien.

Ein Brunkstück in der Rüstammer gewisser christlicher  
Sozialpolitiker sind die sogenannten „Arbeiterkolonien“, für  
deren Gründung insbesondere der bekannte Pastor v. Bodel-  
schwingh unermüßlich Propaganda macht. Er und seine  
Freunde sehen die Not, unter welcher die Ausgestoßenen der  
Gesellschaft, die „Vagabunden“ leiden; sie wissen, daß das  
Heer der Arbeitslosen, welches die Landstraße bevölkert, bei  
jedem Rückgang der Geschäftskonjunktur gewaltig anschwillt,  
und daß viele von den „Landstreichern“ niemals den Weg  
zu einem geordneten Leben zurückfinden.

Für die soziale Liebestätigkeit derer um Bodelschwingh  
ist es aber bezeichnend, daß sie nicht den Ursachen der Er-  
scheintung nachforschen, sondern nur die Folgen sehen. Sie  
halten sich deshalb bei ihren Kurversuchen ausschließlich an  
der Oberfläche, und demgemäß sind die erzielten Resultate  
äußerst bescheiden.

Ein erheblicher Teil unserer Leser hat die Freuden und  
Leiden des Handwerksburschen aus eigener Erfahrung kennen  
gelernt. Alljährlich, wenn der wiederkehrende Frühling  
Wiesen und Berge grün färbt, dann packt gar manchen das  
Reisefieber. Mancher Kollege, dem seine Arbeitsstelle schon  
lange nicht mehr gefallen hat, der aber ausbleibt, weil die  
Aussicht, eine andere Stelle zu finden, gar zu gering war  
und das Wetter den Aufenthalt auf der Landstraße wenig  
anheimelnd machte, schnürt jetzt sein Bündel und sagt dem  
Meister ade. Er genießt das ungezwungene Leben auf der  
Landstraße und hat sich bald an die wenig einladenden  
Seiten des Herbergslebens gewöhnt. Die paar Spargroschen,  
die er sich gesammelt hat, halten nicht lange vor, er sucht  
deshalb da und dort durch einen Appell an die Miltätigkeit  
seines Leibes Notdurft auf billige Weise zu befriedigen.  
In der Regel verliert aber unser junger Kollege, wenn ihm  
die Pfennige ausgehen, auch sehr bald das Vergnügen an  
der „Tippelet“, er sucht nach einem neuen Unterkommen, und  
wenn er Glück hat, findet er auch ein solches.

Für diese Klasse von „Vagabunden“ braucht die christ-  
liche Liebestätigkeit nicht zu sorgen. Ihre Zahl ist aber  
gering und geht ständig zurück, in demselben oder richtiger  
in noch stärkerem Maße, als das Kleinhandwerk von der Groß-  
industrie aufgesaugt wird. Wohl gehen noch alljährlich tau-  
sende junger Arbeiter auf die Walze, um fremde Gegenden,

fremde Sitten und Arbeitsmethoden kennen zu lernen, aber diese, wenn man so sagen darf, Enthusiasten verschwinden unter der Masse der Proletarier, welche die Landstraße bevölkern. Unsere moderne Großindustrie braucht große Arbeitermassen; bei flottem Geschäftsgang scheut sie kein Hindernis, wenn es gilt, das nötige Arbeitermaterial zusammenzuholen, aber rücksichtslos werden die Massen auf die Straße gesetzt, wenn man ihrer beim Rückgang der Konjunktur nicht mehr bedarf. Die industrielle Reservearmee ist eines der Kennzeichen der modernen Produktionsweise. Die Fortschritte auf dem Gebiet der Technik vermehren fortwährend die Zahl der Arbeitslosen, jede neue Maschine muß, um als rentabel anerkannt und in Gebrauch genommen zu werden, Arbeiter sparen. Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise äußert sich darin, daß die staunenerregenden technischen Fortschritte, auf welche unser Jahrhundert so stolz ist, nicht dem Volk in seiner Gesamtheit, sondern nur einigen wenigen Kapitalisten zugute kommen. Die Maschine, die dem Menschen die schwersten Arbeiten abnimmt, hat das Los des Arbeiters nicht erleichtert, eher könnte man das Gegenteil behaupten; die Intensität der Arbeit steigt beständig. Zur Zeit unserer Großväter war wohl der Arbeitstag länger, wir möchten aber heute niemanden raten, in der gemüthlichen Weise zu arbeiten, wie es noch vor Jahrzehnten üblich war, der Unternehmer würde sehr bald finden, daß der Nutzen, den ihm ein solcher Arbeiter bringt, zu gering ist, und er würde einen anderen an seinen Platz stellen. So ist infolge der Herrschaft des Kapitals die Maschine statt zum Segen der Menschheit zum Fluch geworden, je weiter sie vervollkommenet wird, desto größer ist die Zahl der Arbeiter, die sie als überflüssig auf's Pflaster setzt, um so stärker wächst das Heer der Vagabunden auf der Landstraße.

Den ehrbaren Bürger überkommt ein Grauen, wenn er von dem Landstreicher, der Almosen heischend vor ihn tritt, aus seiner behaglichen Ruhe gestört wird. Er will in Frieden seine Rente verzehren und durch den Anblick des Elends in seiner krassen Gestalt nicht gestört werden. Die Maßnahmen, die von bürgerlicher Seite gegen die „Vagabundenplage“ unternommen werden, sind durchweg von dem Streben diktiert, nicht sowohl das Landstreichertum zu beseitigen, als das empfindliche Auge des Bessersituirten von seinem Anblick zu befreien.

Dem von Polizisten und Gendarmen gehezten arbeitslosen Wanderer sollen die Verpflegungsstationen, Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien als eine Wohlthat erscheinen. Selbst wenn diese Anstalten vollkommener eingerichtet wären, als sie es tatsächlich sind, könnten sie doch nur einem geringen Theil der Wandernden ein Unterkommen gewähren. Um die Vagabundenplage wirklich zu beseitigen, müßte man die Art an die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung legen und die Quellen verstopfen, aus welchen sich das Vagabundentum rekrutiert. Aber das fällt unseren sogenannten Philanthropen nicht ein. Sie betrachten unsere Weltordnung, in welcher sich immer größere Vermögen in wenigen Händen ansammeln, während die Zahl der Nichtbesitzenden immer größer wird, das Heer der Ausgestoßenen ins Unermeßliche wächst, als eine von Gott gewollte Einrichtung, die in ihren Grundlagen sorgfältig erhalten werden muß. Damit ist auch ihrer Arbeit das Urtheil gesprochen; sie ist vergebliche Mühe.

Betrachten wir die Proletarier der Landstraße näher, dann finden wir unter ihnen verschiedene Typen vertreten. Den jungen Handwerksgehilfen, der für einige Zeit auf die Walze geht, haben wir bereits geschildert. Gelingt es ihm, bald wieder Arbeit zu finden, dann hat ihm seine Vagabundage nichts geschadet; er wird sich bald wieder an geordnete Verhältnisse gewöhnen, und die Zeit der Vagabundage ist für ihn ein Gegenstand mehr oder weniger angenehmer Erinnerungen. Anders gestaltet sich der Fall, wenn er nicht bald eine passende Arbeit findet oder wenn er an dem ungebundenen Leben auf der Landstraße ein größeres Gefallen findet, als ihm gut tut. Anfangs hat es ihn große Überwindung gekostet, jemand um ein Almosen anzusprechen, da er aber, um sein Leben zu fristen, betteln muß, hat er sich daran gewöhnt, und die Pfennige, die er sich zusammensucht, genügen, um seine bescheidenen Bedürfnisse zu befriedigen. Seine Kleidung nützt sich freilich bald ab, wenn sie auch hin und wieder durch das abgelegte Garderobensstück einer mildthätigen Seele ergänzt wird, und nur zu schnell ist aus dem Arbeitslosen ein — Stromer geworden. In diesem Stadium fällt es ihm selbst dann, wenn er will, schwer, Arbeit zu finden, und sein Wanderleben wird immer seltener durch Arbeitsperioden, um so häufiger durch Gast im Gefängnis und Arbeitshaus unterbrochen.

Andere „Stromer“ haben in ihrer Jugend nicht daran gedacht, daß sie einst dazu gezwungen sein würden, auf der Landstraße zu leben. In reiferen Jahren sahen sie sich plötzlich, sei es durch eine Geschäftskrise, sei es durch Einführung einer Arbeit ersparenden Maschine mit einer Menge von Zeitgenossen auf die Straße gesetzt. An ihrem Wohnort finden sie trotz aller Mühe keine neue Beschäftigung, sie suchen solche auswärts, aber mit keinem besseren Erfolg, denn wo genügend junge Leute vorhanden sind, verzichtet man gern auf alte, und das Resultat? — Ein Stromer mehr!

Zu dem Handwerksgehilfen und Industriearbeiter gesellt sich auf der Landstraße und in den Herbergen der beschäftigungslose Landarbeiter, der wohl im Sommer und besonders während der Ernte eine sehr gesuchte Erscheinung für den Bauern ist, aber nach Beendigung der Ernte ebenso rücksichtslos auf die Straße geworfen wird wie der überflüssig gewordene Industriearbeiter. Dazu kommen die Deklassierten aus den höheren Gesellschaftsklassen, die einst bessere Lage

gesehen haben, ehemalige Beamte, Kaufleute usw., die vielleicht einmal einen Fehltritt begangen, der sie ins Gefängnis brachte, und die dann, von Stufe zu Stufe sinkend, schließlich auf der Landstraße oder richtiger in der Penne landeten, wo sie die Habitus sind, die sich mit der Unfertigung von gefälschten Legitimationspapieren usw. ein verhältnismäßig reiches Einkommen sichern. Damit kommen wir allmählich zu dem Typus des Gewohnheitsverbrechers, der uns jedoch in diesem Zusammenhang weniger interessiert.

Die große Mehrzahl der „Stromer“ und „Vagabunden“ sind keine Verbrecher, sondern Unglückliche, die froh sind, wenn sie in notdürftigster Weise ihren Hunger stillen können, trotzdem die Organe unserer „göttlichen Weltordnung“ sich alle Mühe geben, sie durch Einsperrung in Gefängnisse und Arbeitshäuser zu Verbrechern zu machen.

Diesen Unglücklichen soll nun neben anderen Einrichtungen durch Arbeiterkolonien geholfen werden. Dort soll jedem arbeitswilligen Mann Gelegenheit gegeben werden, sich mit ländlichen und anderen Arbeiten zu beschäftigen, bis es möglich ist, ihm anderweitig lohnende Arbeit zu verschaffen. In der Theorie wollen also die Arbeiterkolonien ein Mittel sein, die es dem Vagabunden ermöglicht, sich wieder an eine geordnete Tätigkeit zu gewöhnen; in der Praxis sieht es freilich damit wesentlich anders aus, da stellen sich diese Werke christlicher Liebestätigkeit als Einrichtungen dar, die aus der Not der Ärmsten der Armen Kapital schlagen. Aus dem Bericht, den kürzlich ein Parteiblatt über die Erfahrungen veröffentlichte, die ein Kaufmann in der Arbeiterkolonie Wunsche in Schlesien gemacht hat, kann man sich von den Zuständen in diesen Anstalten einen Begriff machen. Der Betreffende hatte die Kolonie nach seiner Entlassung aus einem Krankenhaus aufgesucht und mußte zunächst einen „Kontrakt“ auf die Dauer von 10 Wochen abschließen. Auf Verträge von kürzerer Frist geht man nicht ein. Als Tagelohn wurden 20 Pfennig „vereinbart“. Früh um 5/8 Uhr hielt es aufstehen, worauf es um 6 Uhr nach vorheriger Verrichtung eines Gebets als Frühstück Kaffee und eine Stropfuppe gab. Hierauf ging's in die Morgenandacht. Um 6 Uhr begann die Arbeit. Von 1/2 bis 9 Uhr war Frühstückspause. Es gab da eine dicke Stulle, dünn mit Fett bestrichen. Von 12 bis 1/2 Uhr war Mittagspause. Zweimal in der Woche, Donnerstag und Sonntag, gab es etwas Fleisch. Vor und nach dem Essen wurde gebetet. Dann ging es wieder an die Arbeit bis um 4 Uhr, wo es während einer halben Stunde Pause wieder eine Stropfuppe gab. Um 7 Uhr war Feierabend. Als Abendbrot gab es dann eine Fettstulle und Mehl- oder Milchsuppe. Um 1/2 Uhr war große Abendandacht und dann ging es zu Bett.

Wie man sieht, wird auf das „Beten“ großes Gewicht gelegt, mit der Fürsorge für das leibliche Wohl der Insassen nimmt man es weniger genau. Schränke für die Kolonisten sind ebenso unbekannte Begriffe wie Waschgelegenheiten; wer sich waschen will, muß den Entengraben benutzen und sich die notwendige Seife kaufen. Diese erhält man ebenso wie Kleidungsstücke, Tabak und sonstige Bedarfsartikel auf der „Kammer“, und zwar werden diese Waren kreditiert. Der Kolonist kann sie nach und nach von seinem horrenden Arbeitsverdienst abzahlen, bis dahin bleiben sie jedoch Eigentum der Verwaltung.

Daß es unter solchen Verhältnissen selten jemand lange aushält, ist begreiflich, zumal es ziemlich ausgeschlossen ist, durch Vermittlung der Anstalt Arbeit zu erhalten. Aber die Organe der christlichen Liebestätigkeit lassen ihre Opfer nicht so leicht los, da heißt es zunächst die auf Kredit entnommenen Waren, Kleider usw. bezahlen oder sie zurücklassen. Mit dem Bezahlen ist es aber eine heisse Sache, denn der famose „Vertrag“ bestimmt, daß während der ersten zwei Wochen kein Lohn bezahlt wird, und bei Kontraktbruch hat ein Kolonist überhaupt keinen Anspruch auf seinen verdienten Lohn. Trotzdem wird die Mehrzahl der Kolonisten kontraktbrüchig.

Es leuchtet ein, daß mittels derartiger Arbeiterkolonien der „Vagabundenplage“ in keiner Weise gesteuert werden kann. Diese Plage ist eine der Citerbeulen, die den krankhaften Zustand der „von Gott gewollten Weltordnung“ anzeigen, und wird erst mit dieser Weltordnung verschwinden. Wenn man unter den gegenwärtigen Verhältnissen helfend und bessernd eingreifen will, dann muß man es bei einem anderen Ende anfassen. Man lasse alle scheinheilige Frömmigkeit, alle Muckerei und das viele Beten beiseite, damit können soziale Zustände nicht geändert werden. Um so mehr Aufmerksamkeit schenke man den gewerkschaftlichen Organisationen. Deren Aufgabe ist es, ihre Mitglieder zu Zeiten der Arbeitslosigkeit und auf der Reise so zu unterstützen, daß sie auf die Betteluppen der Verpflegungsstationen und der Wanderarbeitsstätten verzichten können und nicht in die Lage kommen, die Arbeiterkolonien aufsuchen zu müssen. Der Einfluß der Gewerkschaften wie der Arbeiterorganisationen überhaupt geht aber über die materielle Unterstützung der Mitglieder hinaus, sie geben ihnen vor allem den sittlichen Halt, der das wandernde Verbandsglied vor der Gefahr schützt, zum Stromer und Landstreicher zu werden. Wer durch die Schule der Gewerkschaften gegangen ist, wird, wenn er auch notgedrungen monatelang auf der Landstraße gelegen hat, doch viel leichter die innere Kraft finden, zu einem geregelten Leben zurückzukehren, als ein anderer, der diese Erziehung nicht genossen hat; es wird ihm gelingen, sich selbst aus dem Sumpfe aufzuraffen, in welchem der andere trotz christlicher Liebestätigkeit und trotz Arbeiterkolonien unrettbar versinkt.

### Die Alkoholfrage.

III. (Schluß.)

n. Die Ursachen des Alkoholismus sind nicht mit einer kurzen, allgemein gültigen Formel abzutun, wie etwa der, daß die Trunksucht die Folge materieller Not sei. So einfach ist die Sache nicht. Bei einem so tief eingewurzelt und weit verbreiteten Übel wirken mancherlei Ursachen mit. Zunächst wolle man wie bei allem so auch hier nicht die Macht der Tradition, der Überlieferung, der Gewohnheit außer acht lassen. Wir brauchen nicht auf die alten Deutschen zurückzugehen, die angeblich immer noch eins tranken. Tatsächlich besteht seit Jahrhunderten in allen Schichten der Bevölkerung die Neigung zu alkoholischen Getränken, und es ist leicht einzusehen, daß eine derartige, durch viele Geschlechter fortgepflanzte Neigung auch auf die Gegenwart einwirkt. Will man nicht zugeben, daß der Mensch die Neigung zu gewissen Genußmitteln sozusagen als Erbteil mit auf die Welt bringt, so steht doch fest, daß das bloße Beispiel, dem jeder von seinem frühesten Alter an ausgesetzt ist, diese Neigung in jeder Generation weckt und fördert. Die Überlieferung hat es fertig gebracht, daß bei uns der Alkoholgenuß zum unentbehrlichen Mittel der Geselligkeit gilt: im Wirtshaus sucht der Deutsche, ohne daß ihn gerade immer die Lust zum Alkohol dorthin triebe, seine Gesellschaft, seine Erholung und Anregung, und selbst in der Familie ist kaum ein geselliges Beisammensein denkbar, ohne daß ein alkoholisches Getränk dabei eine mehr oder minder gewichtige Rolle spielt. Es ist klar, daß hier die Gewohnheit, die Überlieferung mit ihren auf den Alkohol zugeschnittenen Verkehrsformen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Man glaubt etwas zu entnehmen, wenn die Weinflasche, das Bier- oder Schnapsglas fehlt; die „richtige Stimmung“ will nicht aufkommen; es geht „zu trocken“ zu ohne den Geist, der im Spiritus liegen soll. Man ist eben infolge der Gewohnheit der Jahrhunderte nicht mehr fähig, ohne Alkohol die zur Geselligkeit erforderliche Regsamkeit des Geistes und des Gemüths zu entwickeln.

Es ist eine alte Erfahrung, daß der Mensch für nichts so zahlreiche und so „triftige“ Gründe hat, als wenn es gilt, seine Schwächen zu rechtfertigen. Und so hat man denn auch dem Alkohol von jeher mehr Gutes und Schönes nachgesagt, als irgend sonst einem Wesen oder Dinge auf der weiten Welt. Die Wissenschaft früherer Tage hat an dem Alkohol allerhand Wunderwirkungen entdeckt und ihn zu einem Allheilmittel gestempelt; die Kunst hat ihn verherrlicht, die Lyrik ihn besungen, nächst der Liebe spielt der Alkohol die bedeutendste Rolle in Wort, Bild und Lied; und im Volksmund gilt er als der Freund und Tröster in allen Lebenslagen: er wärmt im Winter und kühlt im Sommer; er schafft Appetit und stillt den Hunger; er stärkt den Schwächlichen und säufigt den Wilden; er hält wach und bringt den Schlaf; er ist gut im Leid wie in der Lust — der Alkohol ist alles und kann alles. Die neuere Wissenschaft hat zwar mit diesen Anschauungen ausgeräumt, die moderne Lyrik besingt andere Dinge als den Wein, aber in weiten Kreisen des Volkes besteht nach wie vor die gute Meinung von dem Allweilsmittel Alkohol, der zu allem gut ist — heute und immerdar! Es versteht sich, daß diese Unkenntnis von der wahren Natur des Alkohols in hohem Maße beiträgt zur Verbreitung der Trunksucht.

Indessen die Gewohnheit und die Unkenntnis werden in ihrer Wirkung doch bedeutend übertrifft durch die sozialen Ursachen. Sie sind es, die wesentlich an der weiten und schädlichen Verbreitung des Alkoholgenusses in den breiten Schichten der Bevölkerung mitwirken. Da ist zunächst die in Menge und Art unzulängliche Ernährung der Arbeiterklasse, die dem Vermissen des Alkohols als Ersatz für die geringe, schlechte und reizlose Nahrung auszuwinkt; da ist die schlechte Wohnung, der Mangel an einem gemüthlichen und anziehenden Heim, wodurch der Arbeiter in das Wirtshaus getrieben wird; da ist die unbefriedigende, harte und ungesunde Arbeitsweise, die den Alkohol als Erholung, als Anregung erscheinen läßt; da ist die Unmöglichkeit, der Qual der Berufsarbeit durch geistige Betätigung und edle Unterhaltung entgegenzuwirken, das drückende Bewußtsein der sozialen Minderwertigkeit, die verzweiflungsvolle Aussicht, nie etwas mehr und etwas Besseres zu werden als ein armer, an die Treitmühle des Broterwerbes gefesselter Lohnknecht — alles das wirkt zusammen, um beim Arbeiter die Neigung zu stärken, im Alkohol Vergessen und Trost für die Entbehrungen und Widerlichkeiten des Daseins zu suchen, um sich auf diese Weise, wenn auch nur in der Einbildung des Rausches, für Stunden als freier und froher Mensch zu fühlen.

Man sieht, der Ursachen sind genug, um die herrschende Neigung der Bevölkerung zum Alkohol zu erklären. Ohne Zweifel bilden die in den sozialen Verhältnissen begründeten Umstände: die materielle und geistige Not der großen Masse die wichtigste aller Ursachen — eine Tatsache, die nicht ungehört wird durch den Einwand, daß ja auch in den Kreisen der Besitzenden die Trunksucht verbreitet sei. Das stimmt, aber für diese Erscheinung sind eben andere Ursachen maßgebend; der Überfluß führt bekanntlich nicht minder zur Entwürdigung des Menschen wie die Entbehrung, und niemand wird behaupten wollen, daß die Verhältnisse im Dasein der Besitzenden geeignet seien, jene innere Befriedigung zu schaffen, die der Reiz- und Rauschmittel nicht bedarf. Für uns ist kein Zweifel, daß, was die Arbeiterklasse betrifft, die materielle und geistige Not die wesentlichste Ursache für die Verbreitung des Alkoholismus ist. Auf diesem Gebiet bessernd und umgestaltend zu wirken, ist deshalb auch das wesentlichste Mittel zur Bekämpfung des Übels, und hier ist zu nennen alles, was auf eine Hebung der Lage der ar-

bettenden Klasse hinzielt: höherer Lohn, kürzere Arbeitszeit, bessere Wohnungs- und gesündere Betriebsverhältnisse, geistige Bildung und politische Gleichberechtigung. Das sind ebensoviele Mittel zur Einschränkung des Alkoholgenußes, und nicht hoch genug ist in dieser Beziehung die gewerkschaftliche und politische Betätigung der arbeitenden Klasse anzuschlagen; sie wirkt gegenüber den Bestrebungen von bürgerlicher Seite, die es bei der Belehrung und Ermahnung bewenden lassen, in der allein wirksamen Weise: das Übel dadurch zu bekämpfen, daß man seine Ursachen bekämpft.

Nun soll nicht verkannt werden, daß, so unzulänglich im allgemeinen die Lage der arbeitenden Klasse, so weit entfernt die Masse der Bevölkerung auch ist von einem menschenwürdigen Dasein, so doch immerhin zahlreiche Arbeiter unter Umständen leben, die nicht gerade als Ursachen zum Alkoholgenuß — wenigstens nicht zum gewohnheits- und übermäßigen — anzusehen sind. Und dennoch ist auch in diesen Kreisen die Trunksucht nicht selten. Vielleicht hat hier eine verfehlte Erziehung, die frühzeitige Gewöhnung an Alkohol mitgewirkt; vielfach aber wird wohl der Grund zu suchen sein in dem Mangel an geistiger Anregung, wie er für die große Masse der Bevölkerung heute noch besteht, in den Großstädten weniger, in den kleinen Orten und zumal auf dem Lande aber desto mehr. Hier hat die Gesellschaft, hier haben Staat und Gemeinde, wenn sie es mit der Bekämpfung des Alkohols ernst meinen, noch ein weites Feld der Pflichterfüllung: eine Vesperhalle macht sechs Wirtshäuser überflüssig und jede Erleuchtung des Konzerts- und Theaterbesuchs tut dem Volksverwüster Alkohol Abbruch.

Weiter ist aber auch die vielfach noch herrschende Unkenntnis über die Natur des Alkohols und seine Wirkungen als Grund anzusehen, weshalb auch bei materiell erträglichen Verhältnissen zahlreiche Arbeiter dem Alkohol mehr ergeben sind, als dies ihrer Gesundheit und Sittlichkeit zuträglich ist. Die Wissenschaft hat zwar mit den alten Anschauungen über den Alkoholaufgeklärt, und das Verdienst muß man den bürgerlichen Bestrebungen lassen, daß sie bezüglich des Wesens des Alkohols aufklärend gewirkt haben. Es ist nicht wahr, daß der Alkohol Nährwert hat, Nahrung erzeuget oder Kräfte sparsam; es ist nicht wahr, daß er im Sommer kühl und im Winter wärmt; es ist vor allen Dingen nicht wahr, daß er den Körper zu größerer Kraftleistung und den Geist zu höherer Regsamkeit befähigen kann. Leider wird namentlich in Arbeiterkreisen noch immer der Alkohol vielfach als ein kraftverleihendes und stärkendes Mittel betrachtet und dementsprechend angenommen, daß ein mehr oder minder großer Alkoholgenuß für die körperliche Arbeit notwendig und nützlich sei. Bezüglich der angeblich kräftigenden Wirkungen des Alkohols darf aber nach dem heutigen Stande demedizinischen Wissenschaft als festgestellt gelten, daß der Alkoholgenuß wohl vorübergehend durch Betäubung das Ermüdungsgefühl hebt und durch Reizung scheinbar kräftigt, daß aber eine so erzielte zeitweilige Mehrleistung sich eine sehr bald eintretende Erschlaffung reichlich wieweil aufgehoben wird und bei steten Wiederholungen ernsthafte und bleibende Schäden nach sich zieht.

Dr. Hoppe, ein tüchtiger Sachverständiger in der Alkoholfrage, faßt nach Prüfung zahlreicher Äußerungen von Fachleuten seine Ansicht über diese Frage folgendermaßen zusammen: „Gelegentlich einmal, wo Großes auf dem Spiele steht und es daraufkommt, nach eingetretener Erschöpfung zu einer letzten Anstrengung anzuspornen, kann der Alkohol von Nutzen sein, wenn nichts anderes und Besseres zu haben ist. Zur Ertragung von Strapazen aber, welche dauernde Kraftanregung erfordern, wie überhaupt bei jeder körperlichen Arbeit ist der Alkohol so ungeeignet wie nur möglich. Er sowie die geistige, so auch die körperliche Leistungsfähigkeit.“

Diese Auffassung von den Wirkungen des Alkohols wird bestätigt durch zahlreiche Erfahrungen, die in Meer und Marine, auf Schiffsreisen in heißen und kalten Zonen, bei anstrengenden Bergtouren, bei sportlichen Übungen aller Art usw. gemacht worden sind und die in den beteiligten Kreisen zu der möglichsten Einschränkung, wenn nicht gänzlichen Aufgabung des Alkoholgenußes geführt haben.

Dieser Zustand rein wirtschaftlicher Art: die Herabsetzung der körperlichen Leistungsfähigkeit, sollte genügen, die Arbeiter vom Genuß des Alkohols vor oder während der Arbeitszeit abzuhalten es sich um Bier oder Schnaps handeln, abzuhalten wir würden, wenn das allgemein gelänge, darin sei einen bedeutenden Fortschritt sehen. Es versteht sich aber auch den übermäßigen Alkoholgenuß, der zum Tod führt, als gesundheitsgefährlich und entsetzlich verwerflich den mäßigen und gelegentlichen Trunk in gesellschaftlicher Verwendung, dazu können wir uns nicht entschließen. Wer enthaltsam sein will und kann, dem soll man nicht verwehren, und nichts ist mehr zu verurteilen, als in Enthaltensamen mit Spott oder Schikane zu belegen. Insbesondere der Arbeiterabstinenzentbund verdient alle Sympathie auch von denen, die in der Förderung der Abstinenz ein wirksameres Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus schätzen als in der Verpflichtung auf die Enthaltensamen. Wie wir niemandem verwehren, sich des Alkohols zu enthalten, so möchten wir auch niemanden das Erlaubnis mißbilligen, das er in einem Glase Bier oder in einem Schoppen Wein findet, zumal wenn sich dieses Bier in einem Maße hält, daß seine Schädigungen nicht größer sind als diejenigen, die der Genuß einer Tasse Kaffee oder einer Zigarre mit sich bringt.

Was uns nicht tut und was auch zu erreichen ist, das ist die mäßige Arbeiterschaft, und viel wäre in dieser Beziehung schon gewonnen, wenn die Vernunft und die Selbst-

beherrschung so weit gediehen wäre, daß der Alkohol in jeder Gestalt von der Arbeitsstätte schwände. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter können hier viel tun, indem sie darauf sehen, daß in der Presse und in Vorträgen den Kreisen, wo es not tut, Aufklärung über die Alkoholfrage gegeben wird, indem sie durch ihr Beispiel oder auch durch vorbeugende Maßnahmen darauf hinarbeiten, daß der Alkohol von der Arbeitsstätte verschwindet und überall, wo Arbeiter leben, jenes Selbstbewußtsein einkehrt, in dessen Bereich die Unmäßigkeit keinen Raum hat.

### Die christlichen Holzarbeiter in Bayern.

—th. In der Zentrums-Presse wird zurzeit über die günstige Entwicklung und Erfolge berichtet, die der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands in den letzten 1 1/2 Jahren auch in Bayern o. d. Rh. zu verzeichnen hatte. Für den Kenner der tatsächlichen Verhältnisse besagen diese Berichte jedoch nur, wie bescheiden und genügsam die christlichen Mitglieder sein müssen, wenn sie den Fortschritt in Bayern als „guten Erfolg“ bezeichnen bei dem Riesenaufwand an Geld für Agitation und Beamte unter der eifrigen Mithilfe der Kapläne und Wohltätiger à la Vater Cyrius von Mötting. Da es besonders in der Münchener christlichen Zahlstelle in dieser Hinsicht sehr stark rumort und vornehmlich über die klägliche Niederlage, die den christlichen Führern anlässlich unserer heurigen Lohnbewegung bereitet wurde, man auch in Köln nicht recht zufrieden ist, so sollte dieser Bericht jedenfalls die anstürmende Mißstimmung etwas beschwichtigen.

Daß die christlichen Mitglieder in dieser Situation auch die richtigen Konsequenzen zu ziehen verstehen, bezeugt der Übertritt von 26 christlichen Holzarbeitern in München in den letzten Monaten zu unserem Verband, ein hübscher Prozentfuß bei rund 230 Mitgliedern, die die hiesige christliche Zahlstelle zählt. Da es bei einem christlichen Bericht nie ganz ohne Flunkerei abgeht, so ist eine kleine Gegenüberstellung der Entwicklung und Erfolge unseres Verbandes notwendig. Die Mitgliederzahl in Bayern o. d. Rh. wird vom Vorjahr mit 630 angegeben — in der für die Vorstände herausgegebenen Quartalsübersicht des vierten Quartals 1905 waren jedoch 861 aufgeführt —, wer nun recht berichtet, kann uns gleichgültig sein, bis zurzeit ist diese Zahl auf rund 1300 Mitglieder gestiegen, also seit sieben-jähriger Tätigkeit ganze 1300 Mitglieder in Bayern. In diesem Zeitraum gestaltete sich jedoch die Mitgliederzunahme im Deutschen Holzarbeiterverband folgendermaßen: Ende 1905 in den Gauen Nürnberg und München zusammen 11445 und zurzeit rund 13800 Mitglieder. Die Zahlstellen München und Nürnberg unseres Verbandes hatten im ersten Halbjahr 1906 allein einen größeren Mitgliederzuwachs, als der christliche Verband in Bayern überhaupt Mitglieder zählt. Dies der agitatorische Erfolg im frommen Bayern.

Aber die Erfolge bei Lohnbewegungen schreibt der Berichterstatter: „... Abgesehen vom vorigen Jahre hat der Verband heuer allein an folgenden Orten Tarife abgeschlossen: Reichenhall, Kempten, Tölz, Würzburg und in München dreimal (Schreiner, Orgelbauer und Partettleger). (1) Außerdem fanden auch in Nürnberg und Straubing Lohnbewegungen statt.“ — Also in München drei Tarife abgeschlossen; mit Verlaub, warum denn dann im Mai heurigen Jahres das Peter- und Morbtogstreik über Verwaltungen und Terworismus in München, als man die Christen nicht mittun ließ beim Tarifabschluß? — Der im Oktober v. J. von den Christlichen in München eingereichte Tarifentwurf liegt heute noch unberührt im Aktenschrant des Gewerbegerichtes, weil der Arbeitgeberverband sich nicht darum scherte. Mit Ausnahme beim Partettlegertarifabschluß waren bei den Verhandlungen in München die Christlichen nicht offiziell vertreten, auch nicht bei den Orgelbauern: von 144 Christlichen nur 27 beteiligten im hohen und ganzen 3 Kollegen im christlichen Verband. — Die Tarife wurden allein mit dem Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossen, und nachträglich erklärten die Christlichen auch ihr Einverständnis, und soles nennen sie nun Lohnbewegungen ihrer Organisation!

Das gleiche ist in Reichenhall, Kempten und Tölz der Fall; alle diese Bewegungen wurden von uns eingeleitet und dann später die Christlichen mit hinzugezogen, in keinem dieser Orte waren sie imstande, selbständig in eine Bewegung zu treten, denn die Mitgliederzahl betrug bei den Christen in Kempten 86, bei uns 230 Kollegen, in Tölz 18 gegen 60 und Reichenhall 39 gegen 44 von uns. Wo in Straubing der Tarifabschluß gemacht wurde, das wissen die Götter, und mit welchem Erfolg, geht schon daraus hervor, weil dort nach ihren eigenen Angaben am Schlusse 1905 noch kein Mitglied vorhanden war, während unsere Zahlstelle im Frühjahr 64 Mitglieder zählte. Dagegen aber hatte unser Verband im ersten Halbjahr 1906 in nicht weniger als 83 Orten in den beiden bayerischen Gauen Lohnbewegungen und erreichte hierbei für 9700 Kollegen Lohnhöhungen und für 6560 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. In diesen Bewegungen wurden bereits 22 Tarife für die verschiedensten Berufe abgeschlossen.

Angestrichen dieser Tatsachen klingt es geradezu als Fronte, wenn es in den Berichten der Christlichen heißt: „Das Erfolgreichste an den Erfolgen ist die Tatsache, daß dies alles ohne größere Kämpfe erzielt wurde.“ Will man damit etwas glauben machen, die 1800 christlichen Holzarbeiter hätten den Arbeitgeberverbänden so weit imponiert, daß sie den Streit zu vermeiden trachteten? Dazu gehört eine stärkere Organisation. Das Geheimnis der Erfolglosigkeit ihrer Agitation liegt darin, daß heute die Holzarbeiter in Bayern so fürchterlich zu leiden haben unter der ständig noch zunehmenden Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Während vor 2 1/2 Jahren die christlichen Gewerkschaftsführer den Lebensmittel- und Brotroucheuren bei der Zollerhöhung fleißig die Stange gehalten haben und den Arbeitern plausibel zu machen versuchten, das Ausland trage den Zoll. Ein solches Verhalten und die von uns schon damals prophezeiten Tatsachen öffnen selbst dem zurückgebliebensten Arbeiter endlich die Augen.

Trotz alledem wird in der Provinz-Presse die Tätigkeit der Christlichen in allen Tonarten über den Schellenkönig ge-

priesen. In Wirklichkeit ist aber trotz der riesigen Agitation, die sie mit ihren Helfern und Helfershelfern betreiben, der Erfolg in jeder Hinsicht gleich Null. Schade um das viele Geld, das die christlichen Holzarbeiter in Bayern aufwenden zur Arbeiterzersplitterung; die denkenden Kollegen kommen auch immer mehr zur Einsicht und schließen sich dem Deutschen Holzarbeiterverband an.

### Soziales.

#### Die Streikklausel.

In den Verträgen, welche die Unternehmer bei größeren Lieferungen mit ihren Auftraggebern eingehen, wird gewöhnlich bestimmt, daß die Verpflichtung, die vereinbarte Lieferungsfrist einzuhalten, für den Unternehmer fortfällt, wenn und solange ihn „höhere Gewalt“ hindert, den Auftrag auszuführen. Was im einzelnen Falle als „höhere Gewalt“ anzusehen ist, entscheidet, wenn es dieserhalb zum Prozeß kommt, der Richter. Im allgemeinen kann man es wohl als Regel betrachten, daß ein Streik nicht als „höhere Gewalt“ angesehen wird, obwohl bereits Urteile gefällt wurden, die im Sinne des Unternehmertums sich auf den Standpunkt stellten, daß die Arbeitseinstellung eine höhere Gewalt ist, die den Unternehmer berechtigt, den vereinbarten Lieferungsstermin hinauszuschleppen, ohne Konventionalstrafe zahlen zu müssen.

Für Konflikte aus derartigen Anlässen kommen vornehmlich die Unternehmer aus dem Baugewerbe in Betracht, deren Position ihren Arbeitern gegenüber erklärlicherweise ganz bedeutend gestärkt würde, wenn sie bei einem Streik von der Sorge befreit wären, eventuell Konventionalstrafe wegen verspäteter Fertigstellung der übernommenen Arbeiten zahlen zu müssen. Es waren daher in erster Linie die Organisationen der Bauunternehmer, die dahin strebten, in den Verträgen, die sie mit den Behörden abschließen, die „Streikklausel“ einzufügen. Zunächst beschloß der Berliner Verband der Baugeschäfte, seinen Mitgliedern vorzuschreiben, daß sie in die Bauverträge eine Bestimmung aufnehmen, durch welche die Verpflichtung des Unternehmers zur Förderung der vertragmäßigen Arbeiten oder zur Fertigstellung und Lieferung verlängert wird, wenn und so lange vor Beginn oder während der Dauer der Bauausführung ein Ausfall der Arbeitnehmer ausbricht oder von der Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte eine Bauferre verhängt wird. Die Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung wäre bereit gewesen, auf Antrag der Scharfmacher eine solche Klausel in alle städtischen Bauverträge aufzunehmen, doch ist der Magistrat nicht ganz so weit gegangen. Auch andere Stadtverwaltungen haben zu der Frage der Einführung der Streikklausel Stellung genommen; das Kaiserliche Statistische Amt hat die Submissionsbedingungen von 57 deutschen Städten hinsichtlich ihres Verhaltens in bezug auf die Streikklausel untersucht und dabei, nach einer Mitteilung im „Reichsarbeitsblatt“, festgestellt, daß nur zwei Städte, Bielefeld und Mülhausen i. Gls., die Streikklausel unbedingt ablehnen. Dagegen wird diese Klausel in Schöneberg, Altona, Gera und Stettin unbedingt anerkannt. In den meisten Städten behalten sich die Behörden eine Entscheidung von Fall zu Fall vor, und demgemäß ist die Streikklausel vielfach in den Submissionsbedingungen gar nicht erwähnt.

Das „Reichsarbeitsblatt“ vertritt die Ansicht, daß die Entscheidung von Fall zu Fall dem öffentlichen Interesse am meisten entsprechen dürfte. Dieser Ansicht könnte man beistimmen, wenn die Entscheidung bei wirklich objektiven Behörden liegen würde. Man weiß aber nur zu gut, wie schwer es unseren Behörden ist, die Bestrebungen der Arbeiter wirklich objektiv zu beurteilen, und daß man in den maßgebenden Kreisen nur zu leicht dazu neigt, Arbeiter, die von ihrem Streikrecht Gebrauch machen, als vogelfrei zu betrachten. In der Praxis wird daher in der Regel die Entscheidung von Fall zu Fall die gleiche Wirkung haben wie die formelle Anerkennung der Streikklausel. Damit sind in erster Linie die bei einem Streik in Betracht kommenden Arbeiter geschädigt. Die Schädigung trifft aber außerdem weitere Kreise, bei Verträgen mit Gemeindevertretungen zum Beispiel die steuerzahlenden Gemeindeangehörigen in ihrer Gesamtheit, während der Nutzen ausschließlich einigen wenigen Unternehmern zugute kommt. Den Zusammenhang der Streikklausel mit dem öffentlichen Interesse hat der Rechtsanwalt Hulb in Mainz klargelegt, indem er ausführte: „Die Gemeinde (oder irgend eine staatliche Behörde) kann ohne die Streikklausel bei Nichterfüllung der vereinbarten Lieferungsstermine auch dann von dem Vertrage mit dem Unternehmer zurücktreten, wenn der Streik unter den Begriff der höheren Gewalt fällt, so daß von einem Verzug des Unternehmers im Rechtsinne nicht die Rede sein kann. Ist aber der Unternehmer noch im Verzug, so hat die Gemeinde außer dem Rücktrittsrecht noch weitergehende Rechte, vor allem hat sie in diesem Falle das Recht, von dem säumigen Unternehmer Schadenersatz zu verlangen. Auf alle diese Rechte verzichtet die Gemeinde durch Unterwerfung unter die Streikklausel.“

Mit der Streikklausel hat sich auch der kürzlich in Freiburg abgehaltene Schweizerische Städtetag beschäftigt, da auch von den dortigen Unternehmern die Aufnahme dieser Klausel in die Submissionsbedingungen gefordert wurde. Der von dem Städtetag gefasste Beschluß erklärt, daß Streik, Sperre und Aussperrung die Verlängerung von Erfüllungsfristen in Werk- und Lieferungsverträgen öffentlicher Verwaltungen rechtfertigen können; daß Verlängerung zugestanden werden kann, wenn den Unternehmern kein Verschulden an der Störung der Arbeit trifft. Ein Ver-









